

Ein demokratischer Versuch zuviel - zurück zur bewährten Diktatur? Äthiopien ein Jahr nach den Parlamentswahlen

Smidt, Wolbert G.C.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Smidt, W. G. (2006). Ein demokratischer Versuch zuviel - zurück zur bewährten Diktatur? Äthiopien ein Jahr nach den Parlamentswahlen. *Afrika Spectrum*, 41(2), 273-284. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-104549>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Kurzbeiträge / Reports

Wolbert G. C. Smidt¹

Ein demokratischer Versuch zuviel – zurück zur bewährten Diktatur? Äthiopien ein Jahr nach den Parlamentswahlen²

'Aufbruch in die Demokratie ist Aufbruch ins Chaos' – für die Hardliner in der äthiopischen Führung hat sich ein Vorurteil bestätigt. Ein anderes Urteil herrscht in der Opposition vor: Die äthiopische Demokratie sei ohnehin nie mehr als eine glänzende Fassade für das Ausland gewesen, die 'ein brutales Regime' verbergen sollte.

Vernichtende Vorurteile bestimmen die politische Landschaft. Während des vergangenen Jahres, seit den Parlaments- und Regionalwahlen vom 15. Mai 2005, bewegten sich die politischen Diskussionen in Äthiopien zwischen Aufbruchs- und Untergangsstimmung. Elemente echter demokratischer Reform und des Hoffnungen weckenden Aufbaus eines Rechtsstaates mischten sich mit autokratischen Aktionen und Maßnahmen: Staatsführung und Beamtenschaft agierten teilweise außerhalb der Institutionen und unternahmen Manipulationen des Wahlprozesses auf zahlreichen Ebenen – von der Drohung mit reduzierter Lebensmittelhilfe auf dem Land bis hin zu vereinzelt massiven Eingriffen in die Wahlen selbst. Teile der Oppositionsparteien³ kon-

1 Im Rahmen der Feldforschung des DFG-Projektes 'Friedensräume in Eritrea und Tigray unter Druck' (Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg) hielt sich der Autor zwischen April 2004 und Januar 2006 in den Regionalstaaten Tigray und Addis Abeba und während kürzerer Recherchereisen in Amhara, Oromiyaa und dem Südstaat (Debu Hizboch Beher Behereseboch) auf. Er verfolgte dort Wahlkampf und Ablauf der Wahlen und erlebte die Unruhen und Verhaftungen vom Juni und November 2005 in Addis Abeba mit.

2 Dieser Beitrag beruht auf zahlreichen schriftlichen Berichten, Interviews, Gesprächen mit Informanten, die aus Gründen der angespannten politischen Situation in Äthiopien ungenannt bleiben möchten und denen ich ganz besonders danke. Außerdem danke ich europäischen Beobachtern der Situation, wie Siegfried Pausewang, Rainer Tetzlaff, Stefan Brüne, Günter Schröder, Monika Sommer, Ulf Terlinden, Magnus Treiber u.a. für Informationen und Anregungen.

3 Die bedeutendsten Oppositionsparteien sind: Das Parteienbündnis CUD bzw. nach dem Beschluss zur Bildung einer vereinten Partei CUDP (Coalition for Unity and Democracy [Party], amharisches Kürzel *Qiniidjit*) und die UEDF (Union of Ethiopian Democratic Forces, amharisches Kürzel *Hibrüt*); zu den korrekten amharischen Langnamen der Parteien vgl.

zentrierten ihre Strategie auf Delegitimierung und Zerstörung rechtsstaatlicher und demokratischer Institutionen (von Nicht-Teilnahme, Boykott bis hin zu halb-organisierter Straßengewalt). Das vergangene Jahr ist geprägt von dieser mangelnden Balance: Einerseits wird das Festhalten an Institutionen und deren Prozeduren und Regeln in der Öffentlichkeit zelebriert, woran sich auch gemäßigte Oppositionelle in der Hoffnung auf Reformansätze beteiligen, andererseits hat sich der Prozess der Delegitimierung eben dieser Institutionen fortgesetzt. Dies beruht nicht zuletzt auf der gegenseitigen Kriminialisierung wichtiger Führer der Opposition und der Regierung sowie auf einer Entinstitutionalisierung der Politik durch Flucht in informelle Zirkel innerhalb der Staatsführung bzw. informell organisierte widerstandsbereite Oppositionsgruppen. Bei allem äußeren Festhalten an den verfassungsgemäßen Institutionen des Staates ist also ein innerer Erosionsprozess zu beobachten.

Was genau ist seit Juli 2005⁴ geschehen? Zu diesem Zeitpunkt waren bereits entscheidende Schritte versäumt worden, 'die Opposition in das politische System zu integrieren' (Smidt 2005: 328). Dennoch waren die Auseinandersetzungen noch weitgehend über die staatlichen Institutionen ausgetragen worden. Noch war offen, ob die Opposition ihre erheblichen Zugewinne an Parlamentsmandaten nicht doch in konstruktive Politik würde umsetzen können. Der wohl entscheidende Wendepunkt sollte im Oktober kommen, wenige Wochen nach Abschluss der Nachwahlen: Gegen dringendes Anraten des lokalen EU-Vertreters und profilierten Vermittlers Tim Clarke und zahlreicher internationaler Akteure entschloss sich der weitaus größte Teil des oppositionellen Parteienbündnisses CUD, dem populären Ruf insbesondere der städtischen Jugend zu folgen und das Parlament zu boykottieren.

Zunächst aber hatten am 21. August 2005 neben anderen einzelnen Nachwahlen in 31 Wahlbezirken auch die bedeutendsten Regionalstaats- und Parlaments-Nachwahlen im Soomaali-Kilil stattgefunden.⁵ Kurz zuvor, am 9. August, hatte aber das National Electoral Board (NEBE) aufgrund von Nachzählungen ein weiteres vorläufiges Wahlergebnis bekannt gegeben, das die Nachwahlen für den Gesamtausgang bedeutungslos machte: Demnach hatte

Smidt 2005: 320. Die englischen Kürzel sind v.a. im Ausland bekannt, dagegen im Inland vorwiegend (und auf dem Land ausschließlich) die amharischen. Obwohl etwas unreal, werden in diesem Text zum Zweck der Wiedererkennung die englischen Parteikürzel verwendet. Das Programm der wichtigsten Oppositionspartei CUD (*Kinijit Manifesto*, Übersetzung Januar 2006) kann jetzt im Internet nachgelesen werden: <http://www.kinijit.org/static/KINIJIT-MANIFESTO-English-ver-1.0.pdf>.

4 In diesem Monat wurden die ersten amtlichen Wahlergebnisse für 307 der 547 Wahlbezirke durch das NEBE (National Electoral Board of Ethiopia, eigentlich *Yä'ityop'ya mirrich'a bord*) bekannt gegeben, die von Teilen der Opposition nicht anerkannt wurden, vgl. Smidt 2005, Fn. 29.

5 Hier waren die Mai-Wahlen wegen mangelnder Vorbereitungen nicht durchgeführt worden.

das regierende Front-Bündnis EPRDF⁶ bereits jetzt 296 Sitze und damit die absolute Mehrheit. Die Mehrzahl der Oppositionsparteien, darunter auch lokale Parteien, erklärten den Boykott der äthio-somalischen Teilwahlen; von 17 CUD-Kandidaten hielten nur noch sieben ihre Kandidatur im Soomaali-Kilil aufrecht. Die in anderen Bezirken durchgeführten Nachwahlen beruhten auf Wahlbeschwerden sowohl der Opposition als auch der Regierungsparteien, denen das NEBE nach Untersuchungen stattgegeben hatte. Diese Untersuchungen sollten zeigen, dass sich die rechtlich unabhängigen Institutionen des Staates bewährt hätten. Zahlreiche lokale Zeugen waren befragt und detaillierte Dokumentationen zu Wahlmanipulationen, wie z.B. Diebstahl von Wahlurnen durch bewaffnete Gruppen, vorgelegt worden. Außenstehende Beobachter hatten den Eindruck gewonnen, dass Fälschungen zwar nicht flächendeckend vorgekommen waren, doch dass verschiedene Elemente der Wahlbeeinflussung bzw. mangelhafter Auszählung die Glaubwürdigkeit beeinträchtigt hätten; die Nachwahlen sollten diesen Eindruck revidieren.

Auch jetzt wurden allerdings erneut Unregelmäßigkeiten bekannt. Aus dem Wahlkreis des Informationsministers Bereket Sim'on in Wällo, der seinen Bezirk im ersten Durchgang nicht gewonnen hatte, wurde von einer massiven Kampagne von Regierungsmitarbeitern berichtet, diesmal für den Minister zu stimmen, was für diesen mit einem Erfolg endete. Wahlbeschwerden der Regierung sollen regelmäßig zur Neudurchführung der Wahlen geführt haben, die weitaus häufigeren Beschwerden der Opposition wurden demgegenüber vielfach nicht berücksichtigt. Der stellvertretende Vorsitzende der CUD, Dr. Berhanu, berichtete zudem, dass Zeugen der Partei nach den Untersuchungen durch das NEBE verfolgt worden seien.

Mit Beginn des neuen äthiopischen Jahres⁷ war die Amtszeit der alten Regierung und des bisherigen Parlaments ausgelaufen. Es begannen nun die entscheidenden Vorbereitungen für den Einzug des neugewählten Parlaments. Eine Woche zuvor, am 5. September, hatte das NEBE das endgültige amtliche Wahlergebnis veröffentlicht: Das regierende Bündnis EPRDF⁸ erhielt 327 Sitze, gefolgt von CUD⁹ mit 109 und UEDF¹⁰ mit 52 Sitzen. Die somalische

6 EPRDF = The Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front

7 Nach dem äthiopischen Kalender 1. Mäskäräm 1998 A.M. = 11. September 2005 A.D.

8 Bestehend aus den folgenden Parteien: Die das Bündnis und die Regierung dominierende Tigrayische Volksbefreiungsfront (TPLF), Demokratische Organisation der Oromo (OPDO), National-Demokratische Bewegung der Amhara (ANDM), Demokratische Bewegung der Südlichen Völker (SEPDm).

9 Dieses Parteienbündnis bestand zu dem Zeitpunkt noch aus folgenden formell selbständigen Parteien, die besonders im christlichen Hochland und im städtischen Bereich verwurzelt sind: Äthiopische Demokratische Liga (EDL), All-Äthiopien Einheits-Partei (AEUP), Vereinte Äthiopische Demokratische Partei/Medhin-Partei (UEDP-MP), Regenbogen Äthiopien: Bewegung für Demokratie und Soziale Gerechtigkeit.

Partei SPDP, die mit der EPRDF verbündet ist, erhielt 24 Sitze, die weiteren Bündnisparteien der Afar (ANDP) und des Regionalstaates Benishangul-Gumuz (BGPDUF) jeweils acht sowie diejenige aus Gambella (GPDM) drei. Die im Westen einflussreiche Oromo-Oppositionspartei OFDM erhielt elf Sitze. Die übrigen vier Sitze verteilten sich auf ethnische Parteien der Harari (HNL), Argobba (ANDO), Sheko-Mezenger (SMPDUO) und den oppositionellen unabhängigen Kandidaten aus Dembi Dolloo (im Regionalstaat Oromiyaa), Dr. Negaso Gidada, ehemaliger Präsident Äthiopiens und nun einer der bedeutendsten Dissidenten.¹¹

Die CUD-geführte Opposition, deren führende Politiker, wie der CUD-Vorsitzende Haylu Shewal, Dr. Berhanu Nega und Mesfin Woldemariam, seit Anfang Juni 2005 als 'Hochverräter' im Gefängnis sitzen,¹² erklärte das Wahlergebnis für inakzeptabel und kündigte zunächst die Anfechtung durch Gerichte an. Die EU-Beobachter erklärten in ihrem Abschlussbericht ungewöhnlich deutlich, dass zwar die Wahlen selbst ein beachtlicher Erfolg auf dem Weg zur Demokratisierung gewesen seien, der darauf folgende Prozess aber nicht fair gewesen sei – sie riefen jedoch zur Mitarbeit in den staatlichen Institutionen auf. Tatsächlich kommt trotz aller Bedenken das amtliche Wahlergebnis einem Umsturz bisheriger Verhältnisse gleich (Abdi Ismail Samatar 2006; Pausewang 2006): Erstmals in der neueren äthiopischen Geschichte erhielt die Opposition einen erheblichen Teil der Sitze des Parlaments.¹³

Teile der Opposition verlangten jedoch den sofortigen Beginn von Generalstreiks und den Boykott aller staatlichen Einrichtungen. Zunächst dominierten noch teilweise phantasievolle Formen des zivilen Widerstandes. Da Ministerpräsident Meles am Wahlabend ein Versammlungsverbot ausgesprochen hatte, versammelten sich Oppositionsanhänger stattdessen zum Gebet

10 Auch dies ein Parteienbündnis, jedoch aus Parteien, die mehr in nicht-amharischen Gebieten, meist außerhalb des zentralen Hochlandes, verwurzelt sind und im Gegensatz zur CUD deutlich für eine Stärkung des föderalen Systems eintreten: Nationalkongress der Oromo (ONC), Äthiopische Sozialdemokratische Föderale Partei (ESDFP), Demokratisches Bündnis der Völker Südäthiopiens (SEPDC), All-Amhara Volks-Organisation (AAPO), Äthiopische Demokratische Einheits-Partei (EDUP).

11 Aufgrund seiner Kandidatur wurde ihm – wie zuvor von Regierungsseite angekündigt – die staatliche Präsidentenrente und seine Residenz weggenommen (vgl. zur Begründung der Regierung Smidt 2005: 322, Fn. 12). Er hatte sich gegen Ende seiner Präsidentschaft dadurch profiliert, dass er die Unterdrückung von Oromo durch staatliche Organe offen thematisierte.

12 Sie sind nach wie vor unter schwierigen Bedingungen inhaftiert; die Anklage des Hochverrats bedeutet, dass sie von der Todesstrafe bedroht sind.

13 Ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, dass weite Teile der bisher der EPRDF-Gefolgschaft zugerechneten Landbevölkerung und Südvölker sich verschiedenen Oppositionsgruppierungen angeschlossen haben – meist als Protestwähler, doch erkennbar als neuer politischer Faktor.

für Demokratie vor Kirchen und Moscheen. Im Sommer wurde von wichtigen Teilen der Opposition die Gründung einer Regierung der nationalen Einheit vorgeschlagen, was jedoch einzelne CUD-Parteiführer ablehnten. Dies führte schließlich zu einer de-facto-Spaltung der CUD. Diese beantragte beim NEBE die Anerkennung als vereinte Partei; doch fehlten die Unterlagen der UEDP-MP des früheren CUD-Sprechers Ato Lidetu, der für die Beibehaltung des unabhängigen Status seiner Partei eintrat, mit der Folge, dass die Parteigründung als nicht fundiert abgewiesen wurde. Als Anfang Oktober das Parlament zusammentrat, entschloss sich etwa ein Drittel der Parlamentarier der CUD sowie die große Mehrheit der UEDF,¹⁴ ihr Mandat anzunehmen, während der Rest der CUD-Parlamentarier – der Mehrheitsmeinung der Unterstützer der Partei folgend – das Parlament mit der Erklärung boykottierte, dass jede Teilnahme Kollaboration mit einer verbrecherischen Regierung bedeute. In der konstituierenden Sitzung erklärte Ministerpräsident Meles, dass Parlamentarier, die ihr Mandat nicht angenommen hätten, konsequenterweise auch ihre Immunität verlieren müssten, was gegen den Protest der oppositionellen Minderheit beschlossen wurde. Diesem Beschluss folgten weitere Verhaftungen.

Zu Wochenbeginn, am 31. Oktober, kündigte die CUD einen Generalstreik und Protestaktionen an, die am 1. November begannen. Daraufhin kam es zu ersten Zusammenstößen zwischen protestierenden Jugendlichen und schnell aufmarschierender Polizei, insbesondere im belebten Marktviertel Märkato. Spätere ETV-Fernsehbilder zeigten Jugendliche, die die Polizei meist mit Steinen angriffen, taktisch zurückweichende Polizeigruppen sowie, in nur kurz gezeigten Szenen, direkt in die Menge schießende Polizisten. Am Folgetag weiteten sich die Unruhen aus. Jugendliche errichteten Barrikaden, insbesondere in Märkato, und gerieten in Konfrontation mit Polizisten. Am ersten Tag wurden laut BBC acht Menschen getötet, am zweiten Tag 23 (so BBC, während ETV von elf Toten und '50 verletzten Polizisten' berichtete). Sofort wurden alle fünfzehn Mitglieder des Zentralkomitees der CUD verhaftet sowie einige hundert ihrer Anhänger. Am 3. November, dem Ende des Ramadan, flauten die Unruhen weitgehend ab; es kam nur zu vereinzelt Schusswechseln, u.a. im Viertel Aroge Bole. Die Razzien wurden etwa eine Woche lang an allen belebteren Plätzen und in dichtbesiedelten Vierteln –

14 An dieser Stelle ist eine Erläuterung zu Hintergründen notwendig, die auch von europäischen Beobachtern wegen der Namensgleichheiten oft nicht gesehen werden: Die Gruppe um Dr. Beyene wurde auf dem Auslandskongress der UEDF wegen Kollaboration mit der EPRDF (d.h.: Annahme ihrer Parlamentsmandate im Oktober 2005) aus der Partei ausgeschlossen; dieser Ausschluss hatte in Äthiopien selbst allerdings keinerlei Effekt, wo Dr. Beyene zu den wichtigsten UEDF-Vertretern gehört. De facto hat sich damit die UEDF in eine lokale und eine Diaspora-Partei gespalten, erstere ist Teil der parlamentarischen Opposition, die zweite eine militante Exilpartei.

auch in Privathäusern – fortgesetzt. Die Verhaftungen erfassten in konsequenter Willkür alle, die jung waren und auf irgendeine Weise Verdacht erregten. Es wurden nur einzelne Fälle bekannt, in denen Jugendliche nach einer Nacht in den völlig überfüllten Polizeistationen wieder freikamen;¹⁵ die meisten wurden ohne weitere Untersuchung in das eine Tagereise in West-Äthiopien gelegene ehemalige Kriegsgefangenenlager Dideessa gebracht. Schätzungen von bis zu 50.000 Verhafteten sind plausibel.¹⁶ Mehrere Polizisten starben während der Unruhen. Über 40 Personen wurden erschossen, darunter auch Passanten; Funde von schweren Waffen bei Protestlern wurden von der Regierung, die die Oppositionellen insgesamt als *Duriye* ('Straßenjungs' bzw. 'Herumtreiber') diffamierte, als Beleg dafür verwendet, dass es sich um eine gefährliche Zusammenrottung potentieller Putschisten handele. Die regierungsamtliche Interpretation machte als politischen Akteur die CUD-Führerschaft aus: Sie habe den Generalstreik und die Proteste ausgerufen; ihre Gefolgschaft bestehe nicht aus politischen Oppositionellen, sondern aus einer asozialen Bevölkerungsschicht. Einen besonders negativen Eindruck machte es unter der städtischen Bevölkerung,¹⁷ dass in dieser Zeit Premierminister Meles Zenawi vom deutschen Bundespräsidenten Köhler auf eine Tagung in Deutschland eingeladen worden war und dort offenkundig internationale Unterstützung erhielt. Dass dies nur mit Einschränkung der Fall war, ließen die Verlautbarungen der Regierung nicht erkennen. Auch in anderen Städten, zeitlich meist etwas versetzt, kam es zu Unruhen; in Awasa z.B., der Hauptstadt des Südstaates, bauten Studenten der dortigen neuen Universität Straßenbarrikaden. In Gondar im Regionalstaat Amara ging ein Universitätsgebäude in Flammen auf.

Ein Nebeneffekt der Unruhen war eine gleichzeitige Massierung von Militär auf beiden Seiten der Grenze zu Eritrea, wie die UNO-Truppen (UNMEE) am 4.11.06 meldeten. Eritrea hatte erst kurz zuvor, in offenkundiger Erwartung der Zuspitzung der Krise in Äthiopien, erhebliche Restriktionen für die Bewegungs-

15 Wenn Tigrinya-kundige Jugendliche sich als Tigrayer ausgaben, konnte dies zu ihrer Freilassung führen, denn Tigrayer gelten als Regierungsanhänger und außerdem sind Polizeichefs häufig Tigrayer (so geschehen unter meinen *field assistants*). Vielfach empfinden sich Tigrayer als Teil einer Schicksalsgemeinschaft. Die Erfahrung der Marginalisierung, die schon unter Haile Selassie stark war (und zu dem bedeutenden Bauernaufstand von 1943 führte) und sich unter Mengistu verschlimmerte, hat zu der weitverbreiteten Überzeugung geführt, dass die Tigrayer den Staat kontrollieren müssten, um sich (und im besten Fall andere Minderheiten) gegen wirtschaftliche und politische Marginalisierung zu schützen. Viele jüngere urbane Tigrayer (außerhalb Tigrays) streben jedoch eine Reform der Regierung an und haben sich der Opposition angeschlossen.

16 Dies wurde indirekt dadurch bestätigt, dass das Staatsfernsehen in den kommenden vier Wochen regelmäßig die Freilassung jeweils mehrerer tausend Jugendlicher bekannt gab.

17 In Addis Abeba hatte die Opposition bei den Wahlen alle 23 Sitze gewonnen; der Rückhalt für die EPRDF-Regierung ist dort traditionell schwach.

freiheit der UNMEE-Truppen im Grenzgebiet verhängt. Eine Kontrollierbarkeit der Situation durch Blauhelme war dadurch nicht mehr gegeben. In Eritrea wird seit längerer Zeit ein allmähliches Auseinanderbrechen Äthiopiens erwartet; inzwischen wird sogar die CUD-Opposition – die sich im Wahlkampf als fundamentaler Gegner der Sezession Eritreas von 1993 profilierte¹⁸ – als strategischer Partner angesehen. Dieser Hintergrund erklärt das Zusammenziehen eritreischer und äthiopischer Truppen; aus eritreischer Sicht konnte ein ablenkender äthiopischer Angriff unmittelbar bevorstehen. Auch aus diesen Zusammenhängen heraus hatte die äthiopische Regierung ein massives Interesse an der schnellen Beendigung der Unruhen.

Knapp zwei Wochen nach den blutigen Unruhen in mehreren Städten fand eine im staatlichen Fernsehen (ETV) übertragene Parlamentsdebatte statt, in der die Verfolgung von Oppositionellen und andere Menschenrechtsverletzungen thematisiert wurden. Verschiedene Vertreter der Oppositionsparteien, wie Dr. Beyene Petros von der UEDF und im Parlament vertretene CUD-Mitglieder, erhielten erhebliche Redezeit, die zur Aufzählung zahlreicher Details gewaltsamer Verfolgung, illegaler Einschränkungen der Oppositionsarbeit etc. genutzt wurde. Weite Teile der Bevölkerung konnten diese Debatte verfolgen. Dies blieb kein Einzelfall. ETV sendete auch kontroverse Debatten aus dem Parlament und anderen Institutionen, während Interviews mit Oppositionsanhängern oder repräsentative Umfragen o.ä. nicht vorkamen. Diese wurden durch weitgehend aussagelose Kurzinterviews mit dem 'Mann auf der Straße' ersetzt, die meist die Rückkehr zur Ordnung zum Gegenstand hatten. Dies ist auch Ausdruck der äthiopischen Staatstradition, die der Meinung Einzelner ohne Amt weniger Bedeutung zumisst. In einer ganz anderer Form fanden jedoch Fernsehgespräche mit der Opposition statt: Wenige Tage nach Ende der Straßenunruhen begann ETV, aus dem Gefangenenlager Dideessa in West-Äthiopien zu berichten. Jugendliche, die man beim Waschen, Haarschneiden, Teetrinken etc. beobachten konnte, erklärten in Stellungnahmen, sie würden 'gut versorgt'. Vergleichbar waren die Interviews mit inhaftierten Oppositionspolitikern, wie dem bekannten Ökonomen und Stellvertretenden Vorsitzenden der CUD, Dr. Berhanu Nega, der im Fernsehen erklärte, ihm gehe es gut, die Haftbedingungen seien akzeptabel. Dies stieß bei Zuschauern auf zweierlei Reaktionen: einerseits Spott und Enttäuschung über die plötzlich kraftlosen, gestutzten Oppositionellen, mit der Folge, dass Meldungen über kriminelle, 'staatsumstürzlerische Umtriebe' der Oppositionspolitiker leichter Glauben fanden; andererseits ironische Kommentare der Art, dass offenbar jeder es sich wünschen sollte, nach Dideessa oder in die Haftanstalten gebracht zu werden, da es ja doch ein Leben wie im Hotel sei. 'Nach Dideessa!' wurde so ein beliebter ironischer Zuruf unter re-

18 Vgl. die explizit Eritrea-feindlichen Passagen im 'Manifesto' der Partei, Kapitel 2.15.

gierungskritischen Jugendlichen. Das Ergebnis scheint insgesamt ein Glaubwürdigkeitsverlust nicht nur der Regierung, sondern auch der Opposition zu sein.

Ein weiteres Opfer des Wahl-Debakels war die freie Presse. Die wegen ihrer Qualität anerkannte Zeitung *Addis Tribune* stellte aufgrund von Regierungsmaßnahmen gegen Redakteure wegen 'illegaler' Berichterstattung schon im August 2005 ihr Erscheinen ein. Die bekannteste und aufgrund ihrer differenzierten politischen Kommentare geschätzte gemäßigt-oppositionelle Zeitung *The Reporter* (amharische Ausgabe *Riportär*) fuhr allerdings fort, Berichte über die seit Juni 2005 verhafteten Oppositionspolitiker, über Unruhen, Klagen über Wahlprobleme und Interviews mit Angehörigen der Opposition und sogar mit freigelassenen Gefangenen zu veröffentlichen. Angriffe gegen Regierungsmitglieder kamen jedoch nicht vor; in Berichten wurde grundsätzlich der Begriff *free press* in Anführungszeichen gesetzt, womit die Zeitung andeutete, sie werde (zumindest indirekt) zensiert.

Um die Jahreswende Dezember/Januar hatte sich als Reaktion auf die gründlichen Razzien im November eine andere, verstecktere Form von Protest herausgebildet: Offenbar nicht zentral gesteuert, doch beruhend auf gegenseitigen Absprachen begannen Schüler von Sekundarschulen jeweils täglich abwechselnd Proteste. Die Erfahrungen einzelner Schüler, inzwischen freigelassen aus dem Dideessa-Lager, sowie die Berichte in der zunächst nur zurückhaltend zensierten Presse hatten zu einer allgemeinen Diskussion von Widerstandsprojekten geführt. So versammelten sich z.B. Schüler im wohlhabenden Bole-Viertel zum Protest auf dem Schulhof und verweigerten den Unterricht; am nächsten Tag folgte eine andere Schule dem Beispiel. Den Protesten folgte jeweils ein Polizeieinsatz, der auch von ausländischen Passanten beobachtet werden konnte. Meist bestand dieser im Niederschlagen von einzelnen Schülern, teilweise in Verhaftungen sämtlicher Schüler und Lehrer. Noch im Januar ereignete sich das erste Bombenattentat in einer belebten Gegend (im Universitätsgebiet), doch lediglich mit Sachschäden. Bis in den Mai wiederholten sich regelmäßig Bombenexplosionen in der Hauptstadt, ohne dass diese konkreten Gruppen zugeschrieben werden konnten. In Oppositionszirkeln wurde offen diskutiert, dass eine Destabilisierung des Landes im Interesse der Opposition liege, da eine destabilisierte Regierung leichter gestürzt werden könne. Andererseits hielt sich das exkulperende Gerücht, die Regierung selbst lege Bomben, um so die Opposition verfolgen zu können.

Den Unruhen im Land entsprach die Solidarisierung mit der Opposition in der Diaspora. Diskussionen über das Programm und möglicherweise bedenkliche Vorfestlegungen (z.B. bei der CUD in der Frage der Territorialstreitigkeiten mit Eritrea, denn sie wendet sich ausdrücklich gegen die international festgelegte Grenzziehung und konterkariert damit den Wunsch nach Frieden) wurden nicht geführt. Die im Hochland besonders erfolgreiche CUD

hatte auch in der Diaspora, z.B. in den USA und Deutschland, eine besonders große Anhängerschaft. Damit flossen ihr über *fund-raising*-Veranstaltungen und anderen Spendenaktionen erhebliche Mittel zu.

Ein bedeutender Nebeneffekt der Wahlen bestand darin, dass die traditionelle Trennung zwischen den Oromo und den Hochländern an Gewicht verlor.¹⁹ So wurden die Oromo einerseits von der Regierung als potentielle Bündnispartner gegen die CUD entdeckt.²⁰ Andererseits sind Oromo auf mehreren Ebenen an der neuformierten Opposition beteiligt. Zugespitzt ausgedrückt haben die Oromo als erstes Volk Äthiopiens den Parteien-Pluralismus verwirklicht. In den verschiedenen Oromo-Regionen wurden sämtliche Parteien gewählt, mit regional jeweils unterschiedlicher Gewichtung.²¹ Anders als bei früheren Wahlen gab es also keine Spaltung zwischen Amhara/Tigray und Oromo, sondern zwischen ländlich bzw. revolutionär-ideologisch geprägten (EPRDF) und städtisch bzw. national-chauvinistisch/wirtschaftsliberal geprägten Parteien (v.a. CUD). Es bildete sich erstmals eine breite städtische Opposition, an der sich auch Oromo beteiligten.

Der Destabilisierung der politischen Zentrale Äthiopiens entsprach die Häufung 'ethnischer' Unruhen.²² Insgesamt war eine Zunahme lokaler Kon-

19 Rund die Hälfte der äthiopischen Bevölkerung sind Oromo, sie sind aber in den Staat verhältnismäßig wenig integriert. Großenteils gehören sie zur staatsfernen, wenig an moderner Politik teilnehmenden Landbevölkerung in Gebieten, die erst im 19. Jahrhundert – meist gewaltsam – von modern bewaffneten christlichen Hochländern (Amhara, Tigray) unterworfen wurden. Die Unterwerfungserfahrung hat sich in vielen Gebieten bis weit in die Moderne fortgesetzt. Allerdings ist die Oromo-Bevölkerung, die nun mehrheitlich im größten äthiopischen Regionalstaat Oromiyaa vereint ist, kulturell wie religiös sehr heterogen. Schon in der Vergangenheit lebten sie in unterschiedlichen Staats- und Gemeinschaftswesen. Diese Vielgestaltigkeit spiegelt sich auch in der Vielfalt von Oromo-Parteien wider, die sich unterschiedlich stark in den Staat integrieren.

20 Die bisher prominenteste Oromo-Partei OLF (Oromo-Befreiungsfront) hatte, wie die TPLF, bis 1991 die Militärdiktatur Mengistus bekämpft, war kurz in die Regierung eingetreten, hatte aber schon nach einem Jahr den bewaffneten Widerstand fortgesetzt. Im Zuge des internationalen 'Kriegs gegen den Terror', der der Regierung von Meles Zenawi ein freieres Vorgehen gegen die eigene Opposition ermöglichte, wurde die OLF zu einer terroristischen Organisation erklärt. Da eine relativ schwache Oromo-Partei im Regierungsbündnis wenig Anziehungskraft ausübte (wie auch die zu militante OLF), hatten nun die Wahlen die Profilierung neuer unabhängiger Oromo-Parteien ermöglicht. Dies wiederum dürfte die OLF zwingen, nach Wegen der Verständigung mit der Regierung zu suchen.

21 So wurde im Oromo-Gebiet Arsi die CUD gewählt (eine von lokalen Amhara mitbeeinflusste Protestwahl), woanders vielfach UEDF (also die den Oromo-Interessen naheliegenden Föderalismus-Partei) und außerdem je nach Region EPRDF (OPDO) bzw. andere Oromo-Parteien und -Vertreter.

22 Es sei davor gewarnt, Konflikte einfach 'ethnisch' zu erklären. Auch in Äthiopien formieren sich Ethnien entsprechend ihrer politischen, territorialen und ökonomischen Teilinteressen, nicht nur aufgrund linguistischer und kultureller Besonderheiten. Gruppen, die sich

flikte festzustellen. Anfang Juni ereigneten sich z.B. Zusammenstöße zwischen Boorana und nördlich benachbarten Gujji aufgrund von Landkonflikten. Volksgruppen, die die äthiopische Regierung seit rund einhundert Jahren nur in großer Distanz (meist als Störfaktor) wahrnahm, wurden zunehmend in neue Konflikte einbezogen. Meldungen darüber sind allerdings rar. Das Interesse der ausländischen und äthiopischen politischen Beobachter richtet sich auf die offizielle politische Infrastruktur, weniger auf das weite Land. In indirektem Zusammenhang mit der Krise der Zentralregierung standen die neuesten Unruhen in Gambella. Mitglieder der Murle-Volksgruppe überfielen vom Sudan aus (erst kürzlich entwaffnete) Nuer-Dörfer, wobei zahlreiche Menschen umkamen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann konstatiert werden, dass in Gambella, wo bereits 2004 Massaker zwischen Nuer und Anywaa stattfanden, bei der Suche nach Ressourcen und Bündnissen ständig neue Konstellationen entstehen und die Schwäche der Zentralregierung zu einer Militarisierung lokaler Konflikte führt.

Im Rückblick auf die Eingangsthese ist zu fragen, ob diese ersten wirklich weitgehend freien Wahlen möglicherweise eine für Äthiopien 'zu frühe' Einführung von Demokratie bedeuteten. Es ist offensichtlich, dass der von Teilen der EPRDF zunächst ernsthaft vorangetriebene Demokratisierungsprozess²³ vorerst gescheitert ist. Ein zentrales Problem dürfte im Aufbau von Fassaden-Versatzstücken parlamentarischer Demokratie ohne durchgreifende Demokratisierung der herrschenden Gruppen und der Gesellschaft selbst liegen. Die diversen äthiopischen Regierungen sind seit Generationen darin geübt, bestimmte Bilder der Westler zu 'bedienen', ohne sich wirklich zu ändern. Daraus sollte gefolgert werden, dass das Problem gerade nicht eine zu frühe Demokratisierung war, sondern eine inkonsequent durchgeführte und somit unglaublich gewordene - mit der Folge einer tiefgreifenden Delegitimierung von Staat und Regierung. Die Regierung reagierte mit teilweise diktatorischen Mitteln (vgl. Clapham 2005), hielt aber formell an wesentlichen Institutionen fest. Die CUD ihrerseits ist eher ein Symptom des Problems als

innerhalb einer Ethnie gegen eine andere Ethnie verbünden, tun dies nicht, weil sie 'verschieden' sind, sondern sie benutzen den Diskurs der Verschiedenheit, um lokale Interessen durchzusetzen. Gleichzeitig gehen sie Bündnisse ein, in denen 'Verschiedenheit' wiederum keine Rolle spielt. Während der Konflikte in Gambella sprach sich beispielsweise eine bewaffnete Nuer-Bewegung in Konkurrenz mit anderen lokalen Gruppen für die äthiopische Einheit aus und trat damit in ein Bündnis mit den orthodox-christlichen Hochländern ein.

23 Dass dieser Demokratisierungsprozess aber 'kontrolliert' ablaufen sollte, d.h. den Interessen der Regierungspartei entsprechend, ist durch zahlreiche Beispiele illustrierbar. So wurde Siegfried Pausewang (Wahlbeobachter im Jahr 2000) nach drei Tagen Mitwirkung im Kernteam der EU-Wahlbeobachter eingeladen. Die Regierung ließ die Chefin des EU-Teams wissen, er sei 'nicht neutral' (er hatte frühere Wahlen als undemokratisch gekennzeichnet, s. Pausewang/Tronvoll 2000).

eine Lösung. Sie ist keine demokratische Stabilität versprechende Alternative, denn wie die jetzige wäre eine Regierung der CUD eine Minderheitenregierung: Als rein städtische rechtspopulistische Parteienkoalition, die weder die Interessen der Bauern, noch der Südvölker, noch der Muslime vertreten kann, könnte die CUD nur durch Proteststimmen eine Mehrheit bekommen.

Als Fazit bleibt: Die EPRDF fiel in teilweise panikartiger Reaktion in Muster der repressiven Regierungen der Vergangenheit zurück, ohne ihren sozialpolitischen Reformanspruch ganz aufzugeben. Die schrittweise Abgabe von Macht durch die Regierungspartei – notwendig für eine echte Demokratisierung und Einbindung der verschiedensten disparaten Gruppen Äthiopiens – an gewählte und rechtsstaatlich kontrollierte Institutionen scheint jedoch momentan ausgeschlossen.

Literatur:

- Abbink, J. 2006: Discomfiture of democracy? The 2005 election crisis in Ethiopia and its aftermath, *African Affairs* 105 (419): 173-199.
- Abdi Ismail Samatar 2006: The Ethiopian election of 2005: A bombshell & turning point? *Review of African Political Economy* (im Erscheinen).
- Brüne, S. 2006: Testfall Äthiopien: Die neue Afrikastrategie der Europäischen Union, in: Jünemann, A. / Knodt, M., *The EU as an external democracy promoter: East and Central Europe, the Mediterranean, Asia, Latin America, the Caribbean, Africa and Pacific in comparison*, Baden-Baden: Nomos (im Erscheinen).
- Clapham, Ch. 2005: *Comments on the Ethiopian crisis*, 7 November 2005 (http://www.addisvoice.com/resources/Clapham_on_Ethiopian%20crisis.pdf).
- Pausewang, S. 2006: Ethiopia: Sensational election results, *International Journal of Ethiopian Studies* (im Erscheinen).
- Pausewang, S. 2004: *Local democracy and human security in Ethiopia: Structural reasons for the failure of democratisation*, Johannesburg: South African Institute of International Affairs (SAIIA).
- Pausewang, S. / Tronvoll, K. (Hrsg.) 2000: *The Ethiopian 2000 elections – democracy advanced or restricted?* Oslo: Norwegian Institute of Human Rights (Human Rights Report No. 3/2000).
- Piguet, F. 2006: *Echec de la politique et dérives post-électorales: Rapport relatif à la situation intérieure en Ethiopie, en lien avec les dossiers des requérants d'asile éthiopiens en instance d'expulsion dans le canton de Vaud*, Gutachten, Institute universitaire des études de développement (IUÉD), Genève.
- Schröder, G. 2006: *Was ist los in Äthiopien und im Horn von Afrika?* Vortrag in Heidelberg im Rahmen der Heidelberger Afrikatage (Deutsch-Äthiopischer Verein), 22. Juni.
- Schubert, G. / Tetzlaff, R. (Hrsg.) 1998: *Blockierte Demokratien in der Dritten Welt*, Opladen.

- Smidt, W. 2006: Friedensräume in Tigray im Konflikt. In: Hornbacher, A. (Hrsg.), *Ethos, Ethik, Ethnos*, transcript Verlag 2006.
- Smidt, W. 2006: A society of unity: The refusal of conflict in Tigray. In: Smidt, W. / Kinfe Abraham (Hrsg.): *Discussing conflict, proceedings of the conference 'Ethiopian and German contributions to Conflict Management and Resolution'*, Addis Ababa 11 - 12 November 2005, Münster: Lit-Verlag.
- Smidt, W. 2006: Inmitten blutiger Konflikte, Lokale Netzwerke schaffen Stabilität, *yousee. Das Magazin der Universität Hamburg* 1: 24-25.
- Smidt, W. 2005: Parlamentswahlen in Äthiopien, *Afrika Spectrum* 40 (2): 319-330.
- Tetzlaff, R. 2005: *Demokratie und Entwicklung in Afrika – enttäuschende Bilanz?* Vortrag auf der Fachtagung des INEF in Duisburg am 20. Juli 2005.
- Uhlig, S. (Hrsg.) 2003, 2005: *Encyclopaedia Aethiopica*, vol. 1 (A-C), Wiesbaden; vol. 2 (D-Ha), Wiesbaden.
- Rock, J. (FAST International) 2006: *Ethiopia, semi-annual risk assessment July to December 2005*, Bern (FAST Update).

Wolbert G. C. Smidt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Asien-Afrika-Institut der Universität Hamburg. Während der Feldforschung in Äthiopien von April 2004 bis Januar 2006 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt 'Friedensräume in Eritrea und Tigray unter Druck' am Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg.